

Benchmark-Berichte der EU-Kommission nachweisen – im europäischen Vergleich an der »Spitze«. Die deutschen Stromnetze gelten bis dato als zuverlässig und sicher.

3. Politisch bedingte Belastungen der Strompreise (10–30 %):

- **Konzessionsabgaben** erhalten Kommunen für das Einräumen des Rechts, öffentliche Wege für die Stromversorgung von Endverbrauchern zu nutzen. Die Industrie zahlt teilweise keine oder eine verminderte Konzessionsabgabe von 0,11 Cent/kWh.
- **Ökosteuern** sind im Wesentlichen Klimaschutzpolitisch motivierte Steuern auf Mineralöle, Erdgas und Elektrizität; sie werden an den Bundeshaushalt abgeführt und fließen zum größten Teil als Bundeszuschuss an die Rentenkassen. Das Produzierende Gewerbe zahlt eine verminderte Ökosteuer, die in Abhängigkeit von der Beschäftigtenzahl des Unternehmens variiert (Spitzenausgleich).
- **Kraft-Wärme-Kopplungs-Umlage:** Mit einem Aufschlag auf den Strompreis werden Kraftwerke gefördert, die im gleichen Prozess Wärme und Strom erzeugen und diesen in das öffentliche Netz einspeisen. Die Industrie zahlt eine auf 0,05 Cent/kWh festgelegte Umlage, die für stromintensive Betriebe auf die Hälfte reduziert ist.
- **Erneuerbare-Energien-Umlage:** Mit einer Umlage auf den Strompreis werden die Förderkosten des Gesetzes für den Vorrang Erneuerbarer Energien (EEG) in der Stromerzeugung finanziert. Ziel ist es, den Anteil der regenerativen Energien an der Stromerzeugung bis 2020 auf 25 bis 30 % zu erhöhen. Die Industrie zahlt grundsätzlich die volle Umlage (z. Zt. 0,75Cent/kWh); über eine Härtefallregelung für stromintensive Unternehmen (die mindestens 10 Millionen kWh verbrauchen und deren Stromkostenanteil an der Bruttowertschöpfung 15 % übersteigt) wird die Umlage auf 0,05 Cent/kWh abgesenkt.

- **Emissionshandel:** Die Einführung von handelbaren Zertifikaten für CO₂-Emissionen verteuert die fossile Stromerzeugung zusätzlich. Nach 5 bis 8 Euro steht der Preis für ein Zertifikat heute bei 15 bis 25 Euro je Tonne CO₂.
- **Ausstieg aus der Kernenergie:** Die Laufzeiten der bestehenden Kernkraftwerke (ausgelegt auf Betriebszeiten von bis zu 60 Jahren) sind auf rund 32 Jahre gesetzlich befristet und werden sukzessive außer Betrieb gehen. Bleibt es dabei, gehen bis 2020 rund 26 % der deutschen Stromerzeugung und knapp 50 % der Grundlastversorgung verloren. Es fehlen dann rund 160 Milliarden kWh kostengünstiger, CO₂-freier Strom in der Versorgungsbilanz.

Impressum

BDI-Drucksache F0021
Stand: Januar 2008

Herausgeber:

Bundesverband der Deutschen Industrie
Abteilung Energie Verkehr und Telekommunikation
Breite Straße 29, 10178 Berlin
Tel.: 030–2028 1542; Fax: 030–2028 2542
w.heller@bdi.eu

Fotos:

adpic Bildagentur; www.adpic.de
stock.xchng; ww.sxc.hu

Gestaltungskonzept:

Factor Design

Layout und Druck:

DCM Druck Center Meckenheim

Die industriellen Forderungen auf einen Blick:

- Abbau der **politischen Belastungen** auf den Produktionsfaktor Elektrizität.
- Strom, der als Rohstoff eingesetzt wird, muss von Steuern und Umlagen entlastet werden.
- Die Industrie steht positiv zur Förderung der KWK und der regenerativen Energien. Aber ihre Finanzierung darf industrielle Wertschöpfung und Arbeitsplätze nicht beeinträchtigen.
- Einführung einer allgemeinen **Belastungsbegrenzung** im EEG nach dem Vorbild des KWK-Gesetzes. Solange dies nicht der Fall ist, EEG-Härtefallregelung auf stromintensive Unternehmen des Mittelstandes ausweiten.
- Mitnahmeeffekte aus dem Handel mit CO₂-Zertifikaten sind zu verhindern.
- Schaffung von Anreizen für einen effizienten Betrieb der **Stromtransport- und Verteilernetze** (Anreizregulierung), die zu konkurrenzfähigen Netzentgelten im EU-Vergleich führen.
- Marktgerechte Beschaffung von **Regelenergie** im Wege enger, regelzonenübergreifender Zusammenarbeit der Netzbetreiber.
- Schaffung von mehr Transparenz über die **Strompreisbildung** und den **Stromein- und Stromverkauf** an der **Strombörse**.
- Erleichterung von **Stromhandel** und **Stromlieferungen** durch Neubau und Erweiterung von Grenzkuppelstellen innerhalb der EU, aber auch zu Nicht-EU-Staaten, damit wieder mehr Anbieter auf dem deutschen Strommarkt konkurrieren können.
- **Laufzeiten** der **Kernkraftwerke** bei Gewährleistung ihrer hohen kerntechnischen Sicherheit um bis zu 20 Jahre verlängern. Aktuelle Studien zeigen, dass durch längere Betriebszeiten zusätzlich rund 90 Millionen Tonnen CO₂ bis 2020 vermieden sowie jährlich 4,5 Mrd. Euro CO₂-Vermeidungskosten eingespart werden könnten.



Kostenfaktor Strom

Wettbewerbsfähige Preise
für die deutsche Industrie!

Kostenfaktor Strom

Energiepolitik darf kein Risikofaktor für den Standort Deutschland sein. Die Politik muss umsteuern und den Strompreis als einen wichtigen Wettbewerbsfaktor anerkennen.

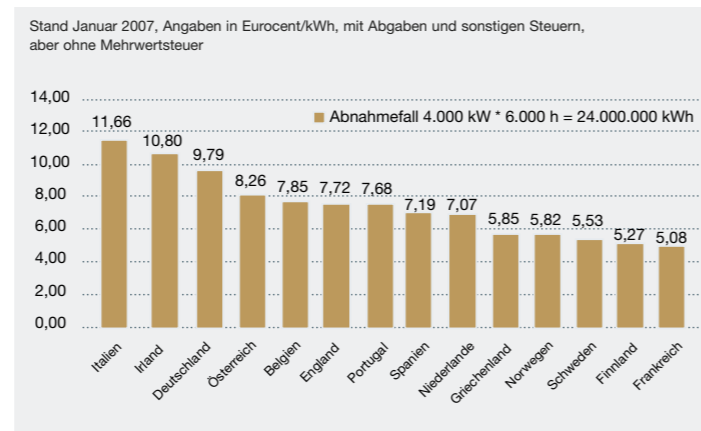
Die Industrie braucht international wettbewerbsfähige Strompreise:

- Elektrizität ist für die Industrie eine Schlüsselenergie und ein zentraler Produktionsfaktor.
- Strom treibt die industrielle Modernisierung und Innovationen an.
- Fast die Hälfte der deutschen Stromerzeugung fließt in die industrielle Wertschöpfung.
- Stromrechnungen machen zwei Drittel der gesamten industriellen Energiekosten aus.
- In einigen Industrieproduktionen wie z. B. Aluminium- oder Chlorherstellung sind die Stromkosten höher als die Lohnkosten.
- Stromintensive Industrien (Chemie, Gießereien, Glas, Nicht-eisenmetalle, Papier, Stahl, Zement) sind industrielle „Kerne“, die in Deutschland dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt sind.
- Die deutsche Industrie steht im globalen Wettbewerb. Sie kann ihn nur bestehen, wenn sie Strom zu international vergleichbaren Konditionen beziehen kann und keine nationalen Handicaps tragen muss.

Tatsache aber ist:

- Im europäischen Vergleich müssen deutsche Unternehmen aktuell die dritthöchsten Strompreise bezahlen.
- Im Nachbarland Frankreich zahlt das vergleichbare Konkurrenzunternehmen fast die Hälfte weniger!
- Außerhalb Europas liegen die Strompreise für Industrieabnahmen teilweise noch niedriger.

Vergleich der Industriestrompreise in der EU



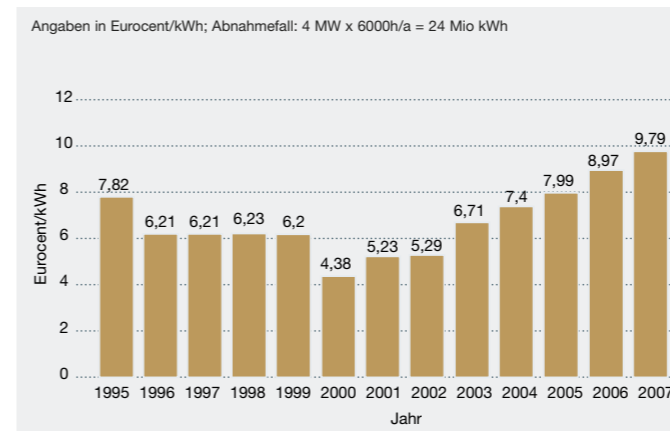
Quelle: eurostat, Statistik kurz gefasst, Umwelt und Energie von 2007

Wie konnte es dazu kommen?

Die Liberalisierung des europäischen Strommarktes ließ zunächst die Strompreise purzeln. Im Jahre 2000 lagen die Industriestrompreise rund 35 % unter dem Niveau von vor 1998. Mit der Regierungsübernahme durch SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Oktober 1998 wurde eine **Politik der Verteuerung des Energieverbrauchs** eingeleitet – angeblich im Interesse des Klimaschutzes und der Arbeitsplätze (»doppelte Dividende«):

- Einführung der Ökosteuer (Stromsteuer) und ihren jährlichen und zum Teil sprunghaften Anhebungen.
- Gesetzliche Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK-G) und der erneuerbaren Energien zur Stromerzeugung (EEG) im Wege von Umlagen direkt auf den Strompreis.
- Start des Emissionshandels im Jahre 2005; dadurch wird die fossile Erzeugung belastet, er führt zu höheren Strompreisen.
- Die schon lange existierende Konzessionsabgabe ist ein Relikt der alten Strommarktordnung, das von den Kommunen zäh verteidigt wird.

Deutsche Industriestrompreise von 1995 bis 2007

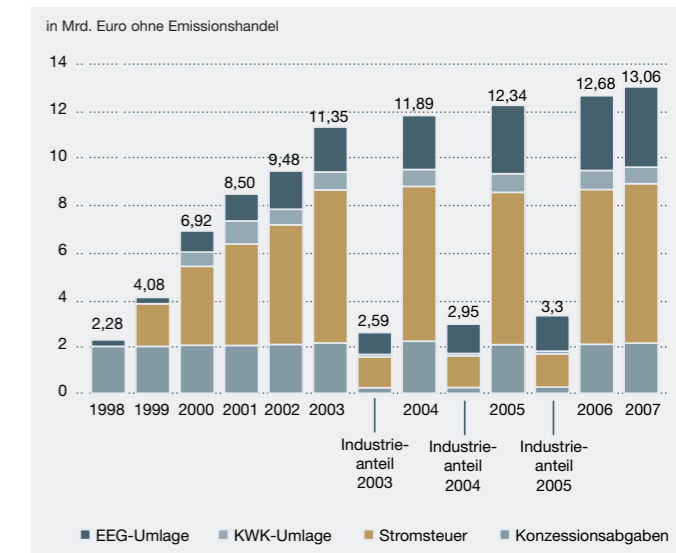


Quelle: eurostat, Statistik kurz gefasst, Umwelt und Energie von 1995 bis 2007

Die Folgen dieser Politik:

- Die Verteuerung des Energieeinsatzes hat netto nicht zu mehr, sondern zu weniger Arbeitsplätzen geführt; die »doppelte Dividende« entspringt einem Wunschdenken.
- Die politisch verursachten Belastungen haben die anfänglichen Liberalisierungserfolge mehr als aufgezehrt.
- Außerdem ist der Wettbewerb im Strommarkt hinter den Erwartungen zurückgeblieben.
- Politisch bedingte Belastungen des Strommarktes sind seit 1998 um das **Sechsfache** – die Förderlast der erneuerbaren Energien gar um das **Zehnfache** gestiegen.
- Die Industrie trägt rund 3,3 Milliarden Euro der Gesamtlast.
- Es muss befürchtet werden, dass die Gesamtlast aufgrund steigender Förderkosten des EEG und der Auswirkungen des Emissionshandels weiter zunimmt.
- Die Börsenpreise für Stromlieferungen an die Industrie sind stark gestiegen. Sie bestimmen das Strompreisniveau, obwohl die gehandelten Mengen nur einen Bruchteil der Gesamtlieferungen ausmachen.

Belastungen der Strompreise



Quelle: VDEW, eigene Auswertung

All dies hat bewirkt, dass die deutschen Industriestrompreise über ihr altes Niveau hinaus geklettert sind; sie sind inzwischen höher als vor der Liberalisierung und in Europa nicht mehr wettbewerbsfähig.

Die Elemente der Strompreisbildung:

1. Preis für die **Stromlieferung** (50–60 %): Er wird heute weitgehend durch die Preisentwicklung an der Strombörse EEX in Leipzig bestimmt. Die Strompreise sind seit Börsenbeginn Mitte 2000 kontinuierlich gestiegen und liegen heute doppelt so hoch.
2. Entgelt für die **Nutzung der Stromnetze** für Transport und Verteilung (15–25 %): Die Netzentgelte werden im Wesentlichen kostenorientiert gebildet. Sie liegen – wie die